

Der Hacho



Die SPD in Oberhaching



Dezember 2012

Auflage 6.000

UNSER OBERHACHING

Liebe Oberhachinger,

so idyllisch kann es in Oberhaching sein. Es gibt sicher noch einige Stellen in unserer Gemeinde, die Ihnen noch viel besser gefallen, oder auch Ortsbilder die Ihnen gar nicht gefallen. Schöne Grünflächen und Ortsränder, hässliche Straßenzüge oder vernachlässigte Ecken. Machen Sie bei einem Spaziergang ein Foto von der Stelle, die Sie schon immer besonders schön finden oder über die Sie und Ihre Familie sich schon seit längerem ärgern. Schicken Sie es uns unter info@spd-oberhaching.de, wir stellen es mit Ihrem Einverständnis gerne auf unsere Homepage.



Aber was tut man um die schönen Flecken zu erhalten und bei Ärger Abhilfe zu schaffen: Wenden Sie sich mit Ihren Anliegen bitte an einen



der Gemeinderäte im Ort. Die gewählten Vertreter unserer Gemeinde brauchen die Unterstützung und den ständigen Austausch mit den Bürgern um zu sehen ob ihre kommunale Politik dort ankommt wo „der Schuh drückt“.

Dies kann nur funktionieren, wenn sich immer wieder Bürger bereit erklären kommunalpolitisch tätig zu werden, und dabei nicht nur die eigenen Belange vertreten. Es gilt, unseren Ort für uns und unsere Kinder als Gemeinschaft lebens- und liebenswert zu erhalten. Um weiter eine gute Kinderbetreuung, bezahlbaren Wohnraum für unsere Bürger,

attraktive Sportstätten zu schaffen, braucht es Sie als engagierte Bürger, die sich auch auf der politischen Ebene mit der Gemeinde auseinandersetzen. Fühlen Sie sich persönlich angesprochen! Kommen Sie auf uns zu!

Ihr Team von der SPD Oberhaching

Der Ortsverein

der SPD Oberhaching trifft sich in der Regel an jedem zweiten Donnerstag des Monats um 19:30 Uhr in der Gaststätte Schinkenpeter im Forstner. Auch Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.

WOHNUNGSBAU AN DER KYBERGSTRASSE

Mietwohnungen für Einheimische, eine lange Geschichte

Ein bisschen ist es ja schon schade, dass diese schöne Wiese nicht mehr lange als Freifläche für Kinder zur Verfügung stehen wird. In absehbarer Zeit werden darauf Wohnhäuser entstehen.

Bereits seit vielen Jahren hat die SPD - Oberhaching wiederholt Anträge gestellt zur Wohnraumschaffung für Einheimische. Es sollten Wohnungen werden für Menschen jeden Alters und jeden Geldbeutels. Durch die Mischung von frei finanziertem und gefördertem Wohnungsbau stehen Mittel zur Verfügung um barrierefrei bzw. behindertengerecht bauen zu können.

Trotzdem müsste sich die Gemeinde finanziell an den Baumaßnahmen beteiligen. Die Prioritäten bei den Haushaltsberatungen wurden aber über mehrere Jahre leider anders gesetzt. Für Wohnungsbau sei kein Geld vorhanden, hieß es. Nachdem aus fast allen Fraktionen des Gemeinderats ähnlich lautende Anträge kamen, ist es nun endlich so weit.

Der Gemeinderat will ein Projekt verwirklichen, in dem Wohnungen für junge Oberhachinger Bürger ebenso entstehen sollen wie betreutes Wohnen. Zudem sollen auch noch Wohnungen für Mitarbeiter der Gemeinde zur Verfügung stehen.



Dieses Grundstück an der Kybergstraße gehört der Gemeinde Oberhaching und war schon immer als Wohnbaufläche vorgesehen.

Ob alle Wohnungen barrierefrei gebaut werden, steht noch nicht fest, ebenso wie viele Wohnungen für welche Altersgruppe und in welcher Größe gebaut werden. Außerdem stellt sich die Frage, ob der Platz ausreicht, um auch noch Büroräume für die Nachbarschaftshilfe und einen Treffpunkt für Jung und Alt zu realisieren.

Um bereits im Vorfeld auftretende Fragen zu einem Projekt mit so vielfältigen Facetten beantworten zu können wurde auf Anregung der SPD hin ein Arbeitsgespräch zwi-

schen Gemeinderäten und Vertretern von Wohnungsbaugesellschaften aus München anberaumt. Diese können aus ihrem großen Erfahrungsschatz beim Mehrgenerationenbau viele Fragen beantworten.

Der Umstand, dass wir bald ein Mehrgenerationenprojekt für Oberhachinger Bürger umsetzen können, versöhnt mich ein wenig damit, dass es die Wiese an der Kybergstraße so bald nicht mehr geben wird.

Margit Markl

SUPERMARKT AM KIRCHPLATZ

Interview mit dem SPD Gemeinderat Dr. Erwin Knappek

Reicht das Einkaufsangebot für die hiesige Bevölkerung aus?

Offenbar nicht, denn sonst würde ich nicht so viele Oberhachinger beim Simmel oder Aldi am Grünwalder Weg in Unterhaching beim Einkaufen antreffen.

Soll sich der Gemeinderat da einmischen?

Die Politik muss die Lebensgrundlagen sichern. Dazu gehört auch die ortsnahe Versorgung mit Lebensmitteln. Ein Laden muss ja nicht unbedingt riesengroß sein, aber an

günstiger Stelle stehen, dort wo viele Leute wohnen.

Was bedeutet das konkret für die Gemeinde Oberhaching?

Im Ortsteil Deisenhofen beispielsweise stimmt das Angebot. Der geplante Supermarkt auf dem Frühbeis-Areal an der Tisinstraße

kann die Lücke füllen, die durch den Wegfall von Netto entstehen wird. Er ist mit dem Fahrrad oder zu Fuß von vielen Bürgern gut zu erreichen, deshalb braucht man auch nicht so viele Parkplätze.

Anders sieht es für die Oberhachinger und Further aus. Am Kirchplatz fehlt ein Lebensmittelgeschäft. Das Bauvorhaben an der Lanzenhaarer Straße halte ich deshalb prinzipiell für eine gute Idee. Die Frage ist halt: Wie groß muss so ein Laden sein? Unter 1200 Quadratmetern macht es keiner der großen Supermarkt-Ketten mehr. Dazu braucht man eine entsprechende Anzahl von Parkplätzen. Ohne Tiefgarage geht es nicht.

Die Anlieger, die gegen das Vorhaben protestieren, haben sicher gute Argumente. Die enge Lanzenhaarer Straße ist sehr verkehrsreich. Dazu kommen morgens die Schulkinder, am frühen Abend die Besucher von

Veranstaltungen im Forstner. Da kann es verdammt eng werden in dem kleinteiligen Ortsgebiet.

Bedarf an ortsnahe Einkaufsmöglichkeiten contra Anlieger-Bedenken – was soll man also tun?

Wenn der Widerstand gegen den Laden größer wird, wäre es sicher sinnvoll den Bürger entscheiden zu lassen. Und zwar in Form eines Ratsbegehrens. Der Gemeinderat beschließt den Planentwurf und legt diese Entscheidung den Bürgern zur Abstimmung vor. Falls er eine Mehrheit findet, dann kann der Laden gebaut werden.

Und falls nicht?

Man muss den Leuten vor dem Votum erklären, was eine Ablehnung bedeuten würde. Ein Supermarkt in der Ortsmitte von Oberhaching würde dann nicht mehr gebaut werden Ob und wo sich

dann eine andere Lösung finden würde, wäre noch völlig offen.

Wie lösen andere Kommunen die Einkaufsproblematik?

Zu diesem Thema haben wir den Bürgermeister von Haar Helmut Dworzak und den Ortsvereinsvorsitzenden aus Staßlach Volker Steidle zu uns eingeladen. Die Gemeinde Haar baut ihre Supermärkte im Ortszentrum, in Staßlach wurde jüngst der Bau eines Discounter im Gewerbegebiet genehmigt. Beide Kommunen sind von ihrer Struktur mit Oberhaching nicht vergleichbar. Dennoch dürfte es eine interessante Diskussion darüber werden, was zu den jeweiligen Entscheidungen geführt hat.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, 17.01.2013 um 19.30 Uhr in der Gaststätte Forstner statt.

VOLKSHOCHSCHULE / MUSIKSCHULE

Kann das Hackschnitzelheizwerk ein geeigneter Standort sein?

Im Frühjahr musste die Volkshochschule von heute auf morgen ihr Domizil an der Grundschule Deisenhofen räumen. Die Räume wurden für die Hortkinder gebraucht, da die Container in denen der Hort untergebracht war Schimmel aufwiesen.

Die Volkshochschule ist für die nächsten 2–3 Jahre ins Gewerbegebiet gezogen. In wirklich schöne Räume, wenn man berücksichtigt, dass es sich um eine Notlösung handelt. Bleiben kann sie dort jedoch auf Dauer nicht.

Der Standort ist nicht zentral genug, dazu kommt, dass nicht alle Räume optimal zu nutzen sind und Miete zu zahlen ist.

Die Unterbringung der örtlichen VHS ist schon seit Jahren ein Thema im Gemeinderat. Nun soll ein eigenes Haus unterhalb der Mittelschule beim Hackschnitzelheizwerk als Anbau an Räume der neu gegründeten Musikschule entstehen. Aber auch diese Räume gibt es noch nicht. Es sind zwar erste Pläne im Bauausschuss vorgestellt worden, unserer Meinung nach sind diese aber noch nicht ausgereift.

Wenn jetzt neu gebaut oder umgebaut wird, müssen die Gelder der Gemeinde so eingesetzt werden, dass man für die Mittel eine optimale, langfristige Lösung für beide Vereine bekommt. Dafür werden wir uns einsetzen.

Margit Markl



DIE ENERGIEWENDE

Verspielt die Bundesregierung eine große Zukunftschance?

Mit überwiegender Mehrheit, quer über Parteigrenzen hinweg beschloss der Bundestag beeindruckt vom schrecklichen Reaktorunfall in Fukushima den Ausstieg aus der Kernenergie und damit die Energiewende. Die Energiewende wird derzeit aber einer heftigen Kritik ausgesetzt, die sich vor allem auf den Anstieg des Strompreises stützt, der fälschlicher Weise nur dem schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien angelastet wird.

Deshalb soll der Ausbau der Erneuerbaren Energien auf Wunsch von Phillip Rösler gedrosselt werden. Er schlägt vor, dass das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) durch ein Quotenmodell ersetzt wird, d. h. der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird jährlich durch eine festgesetzte Quote gedeckelt. Dieses in anderen Staaten gescheiterte Modell würde nur finanzstarke Konzerne für den Ausbau der Erneuerbaren Energien bevorzugen und die alten Kräfteverhältnisse für eine zentrale Versorgung wieder herstellen. Die Energiewende käme uns damit noch teurer und würde letztendlich scheitern.

Als SPD müssen wir massiv dafür sorgen, dass die Energiewende nicht zerredet und gestoppt werden darf. Sie ist das revolutionärste Projekt, das es im Bereich der Energieversorgung je gab und wird mehr und mehr international beachtet.

Die einseitige Kostendiskussion geht völlig an der Sache vorbei. Denn hier hat die Regierungskoalition dafür gesorgt, dass die Großindustrie und die großen Stromverbraucher sich kaum an der Energiewende beteiligen müssen, indem alle Kosten weitestgehend auf die Privatverbraucher und kleinen wie mittelständischen Firmen abgewälzt werden. Diese versteckte Industriesubvention beträgt mittlerweile mehr als 50% der EEG – Umlage.



Dabei tragen die Erneuerbaren Energien maßgeblich dazu bei, dass der Strompreis an der Strombörse sinkt, weil Wind- und Sonnenenergie ohne Brennstoffkosten auskommen und teure fossile Kraftwerke aus dem Markt drängen. Nutznießer davon sind wiederum die Großverbraucher, die direkt an der Strombörse einkaufen können. Bei kleinen Firmen und beim Privatverbraucher kommt dieser Effekt aber nicht an.

Im Übrigen muss noch erwähnt werden, dass es fatal wäre, wenn sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien am Netzausbau zu orientieren hätte, so wie es Peter Altmaier fordert. Dann würden die Netzbetreiber die Energiewende nach ihrem Gutdünken steuern. Wenn man den schleppenden Netzausbau der letzten Jahrzehnte betrachtet, bekommt man ein Gefühl dafür, was passieren wird.

Es ist unbestritten, die Energiewende kostet viel Geld. Demgegenüber stehen fossile Energieimporte nach Deutschland mit Kosten von mehr als 80 Mrd. Euro jährlich. Die Energiewende wird aber Deutschland unabhängiger von diesen Importen, damit einhergehenden steigenden Preisen und möglichen politischen Erpressungen machen.

Wenn die Stromversorger die gesunden Erzeugerpreise der letzten

Jahre an die Stromkunden weiter geben würden, läge der aktuelle Strompreis bereits um 2 ct/kWh niedriger. Sollte die Sozialpolitik endlich die Entwicklung der Energiewende parallel begleiten, so müsste die Politik der Bundesregierung hier entsprechend reagieren und auch dafür sorgen, dass EEG-fremde Anteile an der EEG-Umlage anderweitig finanziert und auf

breitere Schultern verteilt werden.

Allen Zweifeln zum Trotz ist die Energiewende die größte Zukunftschance für Deutschland und Bayern. Die Gefahr einer Energielücke, die nach Abschalten der Kernkraftwerke durch die von der FDP geforderte Verzögerung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien droht, muss vermieden werden. Die Energielücke zu diesem Zeitpunkt würde richtig teuer werden.

*Dr. Erwin Knappek
Vizepräsident im Bundesverband
Erneuerbare Energien*

SPD Bürgerbüro

Wildapfelstr. 4
82024 Taufkirchen
Telefon 089/ 244 00 124
Fax 089/ 244 00 238
Öffnungszeiten
Montag bis Mittwoch
9.00 Uhr bis 12.00 Uhr
Donnerstag
14.00 bis 16.00 Uhr
und nach Vereinbarung

AUSSEGNUNGSHALLE

Sanierung und Umbau der Aussegnungshalle

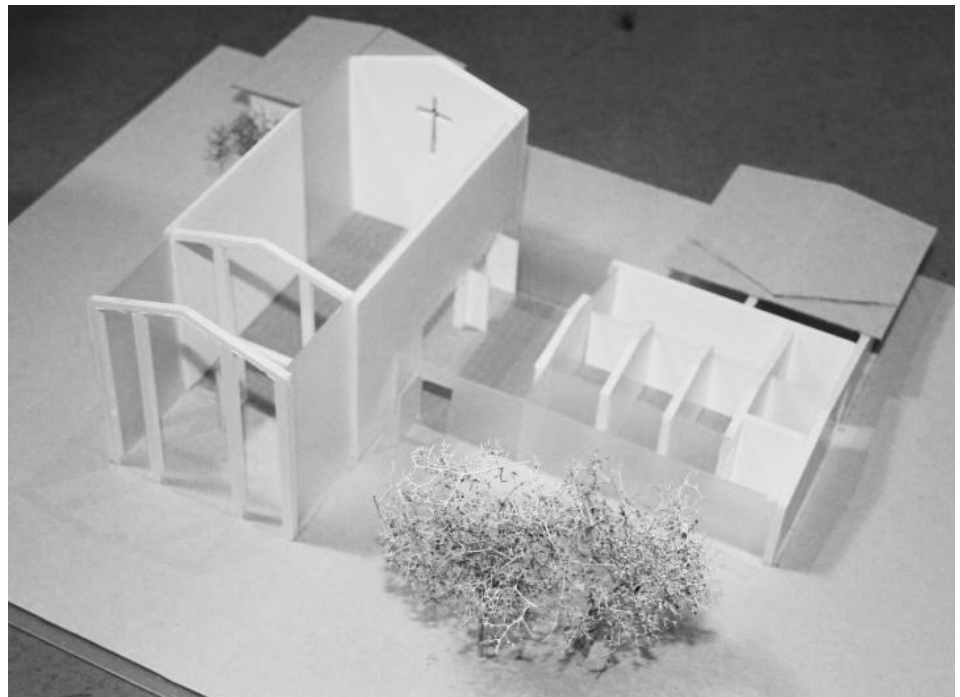
„Ein Bürgerbegehren ist ein wichtiges und schützenswertes Instrument der Demokratie“! Aber – auf Grund von formalrechtlichen und inhaltlichen Gründen hat der Gemeinderat mit eindeutiger Mehrheit (19 : 2) das Bürgerbegehren der Initiative „Unser Oberhaching“ für einen Neubau der Aussegnungshalle abgelehnt.

Auch die SPD hat die Errichtung einer neuen Aussegnungshalle seit Jahren unterstützt. Aber die Notwendigkeit Kindergärten und eine Bibliothek zu bauen, die Schulen und das Rathaus zu sanieren und die Infrastruktur zu erweitern, ließ die Aussegnungshalle immer wieder in der Prioritätenliste nach hinten rutschen. Jedes Jahr aufs Neue wurde die Aussegnungshalle als Erinnerungsposten in die Finanzplanung geschrieben – und das war gut so.

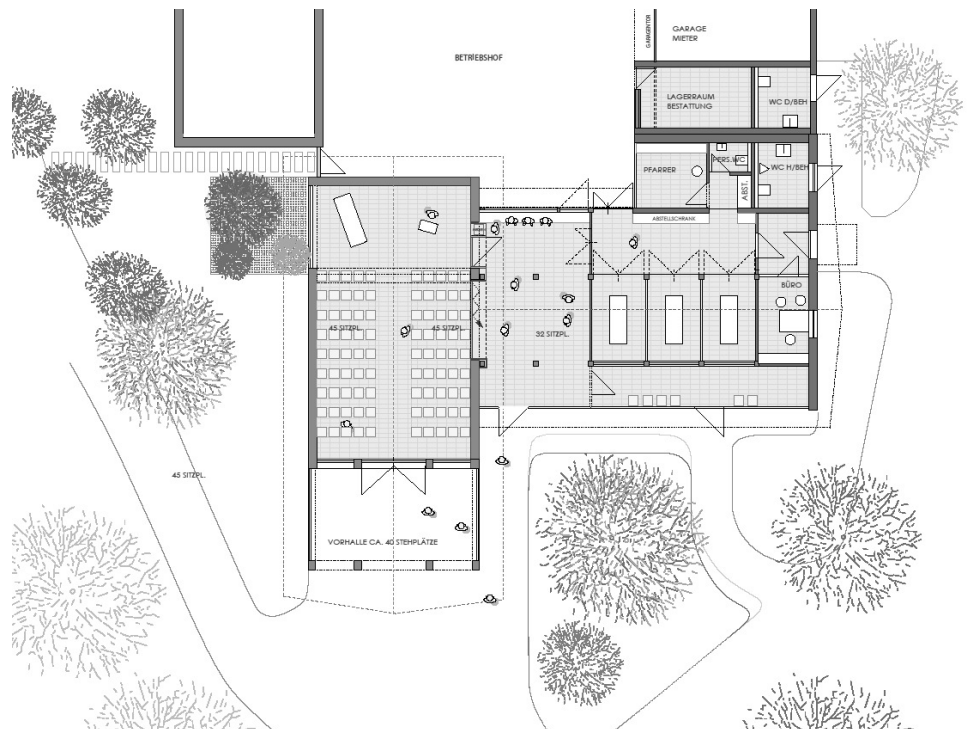
Nun ist es so weit, der Gemeinderat wird eine angemessene Aussegnungshalle schaffen. Die vorliegenden Pläne zeigen, dass mit Umbau- und Erweiterung des bisherigen Gebäudes ein angemessener, wandelbarer und würdiger Ort geschaffen werden kann. Für den bestehenden Standort spricht auch, dass den Trauernden Tradition, Erinnerung und Vertrautheit eine große Hilfe sein kann. Die SPD-Gemeinderäte haben diesem Konzept zugestimmt.

Wir denken, mit der bald sanierten und umgebauten Aussegnungshalle haben wir in Oberhaching einen großen Schritt in die richtige Richtung getan. Es lohnt sich jedenfalls nicht wegen des Standorts miteinander zu streiten, aber der Bürgermeister sollte seine Öffentlichkeitsarbeit überdenken. Wir wollen endlich eine ordentliche Aussegnungshalle.

Bernd Schubert



Abbildungen: SPP Architekten



120 JAHRE SPD IN BAYERN

von Natascha Kohnen



Im 120. Jahr der Bayern SPD: wir packen es an!

In diesem Jahr feiert die bayerische SPD ihren 120. Geburtstag: am 26. Juni 1892 fand der erste Parteitag der bayerischen Sozialdemokraten in Reinhausen - heute ein Stadtteil von Regensburg – statt. Als älteste demokratische Partei Deutschlands war die SPD stets der Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Sie hat Freiheitsrechte und Demokratie

erstritten, das Frauenwahlrecht erkämpft und sich jeder Diktatur widersetzt.

Dass wir den anstehenden Landtagswahlkampf in diesem denkwürdigen Jahr vorbereiten, könnte man als Omen deuten. Jedenfalls überschlagen sich die politischen Ereignisse: Ein Anruf des mittlerweile gefeuerten CSU-Sprechers beim ZDF, um Berichterstattung über unseren Nominierungsparteitag zu verhindern, wird zum politischen Skandal.

Am 22. Oktober hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof den Antrag für ein Volksbegehren gegen Studienbeiträge zugelassen. Im gewohnt opportunistischen Stil überlegt die CSU nun, einem Votum des Volksbegehrens gegen die Beiträge zuvor zu kommen. Die Weigerung der bayerischen FDP, die „Unimaut“ abzuschaffen stürzt die schwarz-gelbe Koalition zugleich in eine Krise.

Auf Bundesebene peitscht die Regierungskoalition das von allen gesellschaftlichen Gruppen kritisierte Betreuungsgeld durch. In einem Kuhhandel - Abschaffung der Praxisgebühr gegen Betreuungsgeld - legt die Koalition den jahrelangen Streit in diesem Thema auf Eis.

Die Nervosität der CSU merken wir in Bayern schon lange: seit über einem Jahr versucht die CSU, unseren Spitzenkandidaten Christian Ude als Oberbürgermeister der Stadt München anzugreifen. Vergebens. Seine Regierungsbilanz in München ist Spitze: In Punkto Wirtschaftskraft, Schuldenabbau oder dem Thema Kinderbetreuung hat die Stadt München klasse Leistungen vorzuweisen.

Ich freue mich auf diesen Wahlkampf: mit viel Kreativität, Fantasie, Einsatz und Motivation werden wir zeigen, warum es uns seit 120 Jahren gibt – und warum unsere Themen bis heute aktuell sind.

STANDPUNKT

Nein zum Betreuungsgeld

Am 9. November 2012 drückte die Bundesregierung das Betreuungsgeld durch. Es ist seit langem umstritten wie kaum ein anderes Gesetzesvorhaben. Die Opposition stimmte geschlossen gegen das Gesetz, ebenso sechs Abgeordnete der schwarz-gelben Koalition. Der designierte Kanzlerkandidat der SPD, Peer Steinbrück, attackierte das Betreuungsgeld als „Schwachsinn“ und bekräftigte die Absicht der SPD, gegen „diese grundfalsche Weichenstellung“ juristisch vorzugehen.

Die SPD sieht das Betreuungsgeld sowohl im Hinblick auf die Bildungs- und Familienpolitik als auch auf die

Integrationsbemühungen als Irrweg an und verurteilt es als Rückfall in das Denken der 50-er Jahre. Aus bildungspolitischer Sicht ist die „Fernhalteprämie“ schädlich, da sie gerade die Kinder, die besonders auf frühkindliche Bildung angewiesen sind, davon fern hält. Und aus frauenpolitischer Sicht ist sie unverantwortlich, denn sie hält junge Mütter von ihren Chancen am Arbeitsmarkt fern und konserviert ein nicht mehr zeitgemäßes Alleinverdienermodell. Mit den durch das Betreuungsgeld verursachten Kosten von voraussichtlich 1,2 Milliarden Euro jährlich könnten 120.000 neue Kitaplätze geschaffen werden. Fehlen diese Finanzmittel, so droht

der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab August 2013 endgültig zu scheitern.

Die SPD Oberhaching setzte sich im Rahmen eines Infostandes am 23. Juni mit der Thematik auseinander und wurde sachkundig und engagiert von der Landtagsabgeordneten Diana Stachowitz unterstützt. Dabei erfuhren die Mitglieder des Ortsvereins von den Bürgerinnen und Bürgern Oberhachings viel Zustimmung zur Haltung der SPD und konnten an die 250 Unterschriften für die Petition „Ja zu mehr Kinderbetreuung – Nein zum Betreuungsgeld“ sammeln.

Karin Wachten

BELA BACH

Unsere Kandidatin für den Bundestag



Zu meiner Person

- Geboren 1990, wohnhaft in Planegg und München
- Besuch des Kurt-Huber-Gymnasiums in Gräfelfing und Abitur 2010 auf dem Elsa-Brändström Gymnasium in Pasing
- Studentin der Rechtswissenschaften im 5. Semester, Schwerpunkt: Internationales und europäisches Öffentliches Recht

Zur Politik die ich vertrete

- Mit 17 Jahren bin ich der SPD beigetreten, weil ich mich für eine sozial gerechte, solidarische und friedliche Gesellschaft einsetzen will.
- Seitdem bin ich stellv. Vorsitzende der SPD in Planegg, im Vorstand der SPD im Landkreis München, Delegierte für den Parteikonvent der SPD und Delegierte auf Landes- und Bezirksparteitagen.

Mit großer Begeisterung habe ich mich vor allem auch in der Jugendorganisation der SPD, den Jusos, engagiert. Dort habe ich die Wiedergründung der Jusos im Landkreis München mitinitiiert und bin nun Sprecherin für politische Bildung. Zwischenzeitlich bin ich auch im Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern und Delegierte auf Landes- und Bundeskongressen gewesen.

- Zu meinen politischen Schwerpunkten gehört Gleichstellungspolitik, Außen- und Friedenspolitik und die Frage nach sozialer

Gerechtigkeit. Gerade in Zeiten der Krise ist auch Verteilungsgerechtigkeit ein wichtiges Thema.

Ich habe mich dafür entschieden, meine Bewerbung für die Bundestagskandidatur im Landkreis München einzureichen, weil ich mich für eine gerechte und freie Gesellschaft einsetzen möchte. Ein Parlament muss meiner Meinung nach auch immer Spiegel der Gesellschaft sein.

Unsere Gesellschaft lebt aber heute von einer Vielfalt, die im Bundestag leider nicht vertreten ist. Ich möchte mit meiner Kandidatur und meinen politischen Inhalten ein Zeichen setzen. Dabei würde ich gerne Ihre Meinung hören und mit allen Bürgerinnen und Bürgern in einen breiten Dialog treten.

Ich möchte als Ihre Vertreterin der Landkreis-SPD für den Regierungswechsel kämpfen und für eine gerechte und solidarischere Politik in Berlin sorgen!

40 JAHRE ENGAGEMENT FÜR DIE SPD

Der Ortsverein gratuliert Jörg Jennen

Die Oberhachinger kennen und schätzen Jörg Jennen durch sein langjähriges Engagement in den verschiedensten Bereichen. Neben seinen ehrenamtlichen Tätigkeiten als Mitglied des VdK und Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt hat er viele Jahre die Kommunalpolitik aktiv geprägt. Er war 28 Jahre Mitglied im Gemeinderat und zwölf Jahre zweiter Bürgermeister. In dieser langen Zeit hat er die Entwicklung Oberhachings mit Visionen und viel Sachverstand kompetent und kreativ mitgestaltet.



Der SPD Ortsverein gratuliert Jörg Jennen sehr herzlich und ehrt ihn im Rahmen der Weihnachtsfeier am 13. Dezember im Forstner.

Lieber Jörg,

dem SPD-Ortsverein Oberhaching gehörst du seit 1972 an und hast in vielen Jahren als erster Vorsitzender und bis heute als Mitglied des Vorstandes wesentlich zum Bild der SPD in unserer Gemeinde beigetragen. Dein vielfältiges Wissen und deine unabhängige Meinung sind für uns unverzichtbar und hoch geschätzt.

Karin Wachten

FRAUENPOWER AN WEIBERFASCHING

BEIER'S SOLO - »FRÜHREIF« - DAS ABENTEUER FRAU



Was macht die schrill geschminkte Frau in den roten Schuhen der Lebenslust?

Das Abenteuer Frau ... authentisch, facettenreich, mit scharfem Witz und Temperament. Ein rasanter Tanz mit roten Schuhen.

Angelika Beier

am 7.2.2013 um 19:30 Uhr

Gaststätte Weißbräu

Deisenhofen

Vorverkauf ab Mitte Januar bei der Buchhandlung
Kempfer, Stefaniestr. 1.



Impressum

Herausgeber:

© SPD-Ortsverein Oberhaching

Email: info@spd-oberhaching.de

Redaktion (verantwortlich): M. Markl

St.-Rita-Weg 17, 82041 Oberhaching

Gestaltung, Layout, Satz: W. Stadler

der Hacho

ist das Mitteilungsblatt des SPD Ortsvereins für alle Bürger der Gemeinde Oberhaching. Er erscheint in unregelmäßiger Folge. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors, nicht in jedem Fall die der Redaktion wider.

Im Internet unter

www.spd-oberhaching.de

**Die Gemeinderäte der SPD Oberhaching
wünschen Ihnen frohe Weihnachten
und einen gesundes und erfolgreiches
Jahr 2013**



Bernd Schubert, Erwin Knapke, Margit Markl und Leo Reiter